



Presseschau vom 31.08.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: RT spricht mit Taliban-Kämpfern in Kabul: "Hier kann jeder friedlich leben"
RT-Korrespondent Murad Gazdiev befindet sich in Kabul und hatte dort an einem Kontrollpunkt die Gelegenheit, sich mit Taliban-Kämpfern zu unterhalten. Die bewaffneten Aufständischen erklärten, dass sie die von der Taliban-Führung gewährte Amnestie gegenüber Amerikanern und afghanischen Mitbürgern respektieren und jeder in Kabul friedlich leben kann. ...
<https://kurz.rt.com/2n5q>

Seyed Alireza Mousavi: Afghanistan: Zivile Opfer als Kollateralschaden des US-Abenteuers im Nahen Osten

Bei den westlichen Operationen am Hindukusch kamen bis zuletzt regelmäßig zahlreiche von unbewaffneten Zivilisten außerhalb jeglichen Kampfgeschehens ums Leben. Ein hochrangiger US-Militärbeamter ordnete die zivilen Opfer beim jüngsten Drohnenangriff der US-Armee in Kabul in der Kategorie der "Kollateralschäden" ein. ...
<https://kurz.rt.com/2n55>

Karin Leukefeld: Macron auf Nahost-Konferenz in Bagdad: Frankreich will als Mandatsmacht in der Region mitreden

Eine "Konferenz für Kooperation und Partnerschaft" in Bagdad hat die Außenminister des

Iran und Saudi-Arabiens zusammengebracht. Bagdad will sich als regionaler Vermittler etablieren. Doch was wollte der französische Präsident Emmanuel Macron am Tigris? ...
<https://kurz.rt.com/2n5h>

de.rt.com: **"Der Krieg ist vorbei – die Taliban haben gewonnen": Letztes US-Militärflugzeug verlässt Kabul**

Am späten Montagabend haben die USA ihre letzten noch verbleibenden Truppen aus Afghanistan abgezogen. Hiermit wurden die militärische Evakuierungsmission und der knapp 20 Jahre lange Militäreinsatz der Vereinigten Staaten in dem Krisenland offiziell beendet. ...
<https://kurz.rt.com/2n6b>

Bolle Selke: **Studie: So umfangreich und schwer verständlich sind die Wahlprogramme zur Bundestagswahl**

Wie verständlich sind die Wahlprogramme der Bundestagswahl 2021 und welche Sprache wird darin verwendet? Das haben Forschende der Uni Hohenheim nun in einer Studie untersucht. ...

<https://snanews.de/20210831/wahlprogramme-zur-bundestagswahl-3426753.html>

Anna Schadrina: **„Mein Russisch ist verrostet, Sprachpraxis ist notwendig“: Neuer Präsident in Estland gewählt**

Das estnische Parlament hat im zweiten Wahlgang den ehemaligen Direktor des Nationalmuseums Alar Karis zum Staatspräsidenten gewählt. ...

<https://snanews.de/20210831/estland-praesident-gewaehlt-3428675.html>

Dagmar Henn: **2G und die Menschenwürde**

Immer stärker wird der Druck aus der Politik, eine Regel, die nur noch Geimpften und Genesenen ein halbwegs normales Leben gewährt, privatrechtlich durchzusetzen. Damit werden alle Fortschritte der letzten Jahrzehnte im Kampf gegen Diskriminierung mit einem Tritt in die Tonne befördert. ...

<https://kurz.rt.com/2n5o>

Paul Linke: **CSU: „Historischen Linksrutsch verhindern“ – Panik in der Union vor Rot-Grün-Rot**

Bayerns Ministerpräsident Markus Söder warnt vor einem „historischen Linksrutsch“. Die CSU startet gar die Werbekampagne „Linksrutsch verhindern“. CDU-Politiker betonen immer öfter ihre Distanz zur Linkspartei. Die Linksfraktion sowie das Netz reagieren darauf amüsiert. Auch Kritik wird an der PR-Aktion laut. ...

<https://snanews.de/20210831/csu-panik-vor-rot-gruen-rot-3429465.html>

abends/nachts:

de.rt.com: **Berichte: Nawalnys Pressesprecherin Kira Jarmysch verlässt Russland**

Die Pressesprecherin des russischen Bloggers Alexei Nawalny, Kira Jarmysch, soll laut einem Bericht der Nachrichtenagentur Interfax aus Russland ausgereist sein. Vor knapp zwei Wochen wurde sie von einem Moskauer Gericht zu anderthalb Jahren Freiheitsbeschränkung verurteilt.

Jarmysch habe "das Staatsgebiet der Russischen Föderation verlassen", hieß es laut einer mit der Sache vertrauten Quelle, die Interfax am Montagnachmittag vorlag. Eine andere Quelle präzisierte indessen, dass die 31-Jährige nach Helsinki ausgereist sei.

Am 16. August hat ein Moskauer Bezirksgericht Jarmysch wegen eines Verstoßes gegen Hygienevorschriften in der COVID-19-Pandemie zu anderthalb Jahren Freiheitsbeschränkung

verurteilt. Die Staatsanwaltschaft hatte die Angeklagte beschuldigt, durch Aufrufe zu nicht erlaubten Protesten gegen die Nawalny-Inhaftierung im Januar dieses Jahres Menschen provoziert zu haben, Infektionsschutzmaßnahmen zu verletzen und eine Situation mit hohem Ansteckungsrisiko geschaffen zu haben. Am vergangenen Freitag fochten ihre Rechtsanwältinnen das Urteil vor Gericht an.

Sollte der Gerichtsbeschluss in Kraft treten, wird es der Oppositionsaktivistin untersagt, ihren Wohnort zu wechseln, ohne die Genehmigung der Aufsichtsbehörde aus dem Moskauer Gebiet auszureisen und an Massenveranstaltungen teilzunehmen.

Wegen desselben Vorwurfs waren zuvor unter anderen schon Nawalnys Bruder Oleg sowie die Politikerin und Juristin Ljubow Sobol verurteilt worden. Die ehemalige Anwältin der sogenannten Anti-Korruptions-Stiftung FBK Sobol verließ Russland Richtung Türkei, nachdem sie der Anstiftung zur Verletzung der Hygienevorschriften für schuldig befunden worden war. Alle Beklagten im sogenannten "Sanitär-Fall" weisen ihre Schuld entschieden zurück.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/612cfc0348fbef51b8528d79.jpg>

de.rt.com: "Die Amerikaner eröffneten das Feuer" – Augenzeugen des Anschlags am Flughafen Kabul berichten RT

Nach den Anschlägen auf dem Kabuler Flughafen gibt es Berichte, denen zufolge US-Soldaten für den Tod afghanischer Opfer verantwortlich sein sollen. RT-Reporter Murad Gazdiev sprach mit Verletzten im Krankenhaus von Kabul.

Die Berichte über Anschläge in Afghanistans Hauptstadt Kabul hören nicht auf. Am Donnerstag vergangener Woche starben bei einem Anschlag der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) am Flughafen Kabul mindestens 96 Menschen, 150 wurden verletzt.

Durch einen Drohnenangriff der USA auf ein Fahrzeug am Sonntag starben mehrere Zivilisten. Laut Angaben des US-Militärs soll das Fahrzeug mit Sprengstoff beladen gewesen sein. Durch den Drohnenangriff der US-Amerikaner kamen insgesamt sieben Kinder ums Leben. Das teilte der Vertreter des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen (UNICEF) in Afghanistan, Hervé De Lys, am Montag auf einer Pressekonferenz mit.

Berichten zufolge wurden am Montag fünf Raketen auf den Flughafen Kabul abgefeuert. Die Raketen konnten von einem Luftabwehrsystem abgefangen werden.

In einem Kabuler Krankenhaus sprach RT-Reporter Murad Gazdiev am Montag mit dem Personal über die Opfer des Anschlags vom Kabuler Flughafen. Auch Zeugen des Terroranschlags äußerten sich.

Abhängig vom Grad ihrer Verletzung waren die Patienten auf die Krankenhäuser der Hauptstadt Afghanistans verteilt worden, teilte der verantwortliche Internist mit. Einer der Patienten des Krankenhauses sei am Sonntag gestorben. Eine Kugel hatte ihn am Kopf verletzt. Drei seiner Patienten befänden sich in einem kritischen Zustand. Einer von ihnen

habe Schussverletzungen an der Brust, am Bauch, am Bein sowie an der Hand. Zuletzt hatte es Berichte über Opfer gegeben, die nicht durch die Explosion getötet worden waren, sondern durch Schusswunden, die ihnen US-Soldaten zugefügt hätten.

Eine Augenzeugin berichtete:

"Nach der Explosion rannte ich, und viele Leute rannten. Ich konnte nicht sehen, wer schoss. Ich rannte auf die Straße und hörte sowohl die Schüsse als auch die Geräusche der Explosion."

Eine zweite Augenzeugin sagte, sie sei sich nicht sicher, ob ihr Bruder von einer US-Kugel oder einem Splitter des Sprengkörpers getroffen worden war.

"Die Amerikaner waren auf der anderen Seite, ich selbst befand mich im Graben, direkt unter der Stelle, an der die Explosion stattfand. Die Amerikaner eröffneten das Feuer, um sich aus Angst vor einer weiteren Explosion zu schützen."



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/612d20f0b480cc31350082ba.JPG>

snanews.de: **Afghanistan-Resolution: UN-Sicherheitsrat erhöht Druck auf Taliban**

Am Montag hat der UN-Sicherheitsrat eine Resolution zur sicheren Ausreise von Menschen aus Afghanistan angenommen. Dabei soll der Druck auf die militant-islamistischen Taliban erhöht werden.

Im Text der Resolution wird der Deutschen Presse-Agentur zufolge auf die Zusagen der Taliban vom Freitag verwiesen, dass alle ausländischen Staatsangehörigen und alle afghanischen Staatsbürger das Land jederzeit und auf allen möglichen Wegen ungehindert verlassen dürften. Der Sicherheitsrat „erwartet, dass die Taliban diese und alle anderen Verpflichtungen einhalten“, heißt es in der Resolution.

Die Resolution fordert auch, dass Afghanistan nicht zu einem Hafen für Terroristen und ihre Anschlagpläne werden dürfe. Dazu noch soll den Vereinten Nationen und anderen Organisationen „voller, sicherer und ungehinderter Zugang“ gewährt werden, um humanitäre Hilfe zu leisten. Hervorgehoben wird die Notwendigkeit für die Wahrung der Menschenrechte, insbesondere „der Rechte von Frauen, Kindern und Minderheiten“.

Die vom französischen Präsidenten Emmanuel Macron zuletzt ins Spiel gebrachte UN-Sicherheitszone in Kabul wird in der Resolution nicht erwähnt.

„Die Taliban sollten wissen, dass die Welt sie genau beobachtet“, schrieb der Leiter von Human Rights Watch Louis Charbonneau auf Twitter. „Sie sollten Afghanen, die Afghanistan verlassen wollen, erlauben, dies frei zu tun, wie sie es zugesagt haben und der UN-Sicherheitsrat fordert. Andere Länder sollten ihren Beitrag leisten, indem sie Asylanträge zügig bearbeiten und gefährdeten Afghanen Visa ausstellen, damit sie sich neu ansiedeln können.“ Er fügte hinzu, „die Taliban sollten auch der Aufforderung des Rates nachkommen, die internationalen Menschenrechtsgesetze einzuhalten, einschließlich der Rechte von Frauen und Mädchen, Kindern und Minderheiten.“ Sie würden nach ihren Taten beurteilt, nicht nach ihren Worten, so Charbonneau.

In der zweiten Augushälfte waren Zehntausende afghanischer und ausländischer Staatsbürger über den Flughafen Kabul aus dem Land evakuiert worden, und die USA hatten erklärt, dass die Evakuierung aus Afghanistan bis zum 31. August abgeschlossen wird.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/08/1e/3420470_0:161:3071:1888_1920x0_80_0_0_bd06db5ac348dab9de4572fc380d3b2b.jpg

vormittags:

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 30. August 2021 wurden drei Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

Kalinowo-Borschtschewatoje, Kalinowo und Molodjoshnoje wurden mit 82mm-Mörsern (6 Geschosse), Granatwerfern (34 Granaten) und Schusswaffen beschossen.

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

de.rt.com: **Bald neue Städte hinter dem Ural? Kreml unterstützt Idee, Sibirien zu entwickeln**

Die Idee, neue Städte in Sibirien zu errichten, begleitet den russischen Verteidigungsminister schon lange. Nun gibt es auch aus dem Kreml unterstützende Worte. Werden in Russland demnächst neue Ballungszentren gegründet?

Der russische Verteidigungsminister Sergei Schoigu hat Anfang August vorgeschlagen, mehrere neue Städte in Sibirien zu gründen. Ihm zufolge seien etwa fünf große industrielle Wirtschaftszentren mit einer Bevölkerung von mindestens 300.000 Menschen erforderlich. Er findet, dass sich jede dieser Städte auf einen bestimmten Tätigkeitsbereich spezialisieren sollte.

Schoigu betonte, dass Russland bis zum Jahr 2030 alle Möglichkeiten habe, mit relativ akzeptablen Investitionen neue Städte, zahlreiche Arbeitsplätze und eine neue moderne Industrie zu schaffen. Dabei verwies er auf Pläne zum Städtebau in Sibirien, die kurz vor dem Zusammenbruch der UdSSR existierten. Außerdem schlug der Minister vor, die russische Hauptstadt nach Sibirien zu verlegen.

Kremlsprecher Dmitri Peskow befürwortete das Vorhaben. Auf die Frage, welche Aufgabe der Kreml als vorrangig sieht – entweder den Bau neuer Städte oder die Entwicklung bestehender Städte –, sagte Peskow, dass beide Herausforderungen wichtig seien. "Die Entwicklung des Landes erfordert natürlich auch die Entstehung neuer Zentren, neuer Städte", erklärte er am Montag.

Im Großraum Moskau leben heute nach verschiedenen Schätzungen rund 20 Millionen Menschen. Zum Vergleich: Laut der Statistikbehörde Nowosibirskstat lebten im Januar 2021

insgesamt 17 Millionen Menschen in Sibirien. Wie die Zeitung Kommersant berichtete, nimmt die Abwanderung aus Sibirien in andere Regionen Russlands in den letzten 30 Jahren stets zu. Vor allem Menschen im erwerbsfähigen Alter verlassen die Region. Ältere Menschen wandern in Gebiete mit günstigeren klimatischen Bedingungen ab.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/612cdb3cb480cc079262b04b.jpg>

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 30. August 3:00 Uhr bis 31. August 3:00 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination drei Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befand sich die Ortschaft **Leninskoje**.

Wie bereits mitgeteilt wurde, wurde durch Beschuss von Seiten der BFU auf die Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks ein Zivilist, geb. 1962, wohnhaft Seljonyj-Gaj-Straße 103 verletzt.

Die Versuche der DVR, im GZKK den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe zu den Verletzungen des Regimes der Feueinstellung einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf unsere Anfragen kam unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feueinstellung ein.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 130.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurde eine Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

snanews.de: UN-Resolution zu Afghanistan: Russland enthält sich bei der Abstimmung

Russland hat sich bei der am Montag erfolgten Abstimmung über die Afghanistan-Resolution des UN-Sicherheitsrates seiner Stimme enthalten, weil ihre Verfasser die grundsätzlichen Bedenken Moskaus ignoriert haben. Dies teilte der Ständige Vertreter Russlands bei den Vereinten Nationen Wassilij Nebensja bei einer Sitzung des Sicherheitsrats mit.

Die Resolution des Vereinigten Königreichs, Frankreichs und der USA zu Afghanistan, die die Taliban zur Einhaltung von Verpflichtungen zur Gewährleistung einer freien und sicheren Ausreise von Afghanen und Ausländern aus Afghanistan auffordern soll, wurde von 13 Staaten unterstützt. Russland und China beteiligten sich nicht an der Abstimmung.

Wie der Ständige Vertreter Russlands, Wassilij Nebensja, bei dem Treffen erklärte, berücksichtigten die Autoren eine Reihe von „grundlegenden Bedenken“ Moskaus nicht – insbesondere erwähne das Dokument die Notwendigkeit nicht, gegen den Islamischen Staat

(IS) zu kämpfen.

„Erstens weigerten sich die Autoren kategorisch, in der Passage zur Terrorismusbekämpfung die international anerkannte Terrororganisation IS und die Islamische Bewegung Ostpakistans zu erwähnen, obwohl die Resolution vor dem Hintergrund eines ungeheuerlichen Terroranschlags vorgeschlagen wurde.“

Moskau sehe darin „eine Zurückhaltung, das Offensichtliche zu erkennen und Terroristen in Freunde und Feinde zu spalten“, so der Diplomat.

Ferner betonte Nebensja, das die Versuche, die von diesen Gruppen ausgehenden terroristischen Bedrohungen zu „vertuschen“, inakzeptabel seien.

„Zweitens haben wir im Zuge der Verhandlungen die Unzulässigkeit der negativen Folgen der Evakuierung von qualifiziertem afghanischem Personal für die sozioökonomische Situation Afghanistans betont. Im Rahmen des ‚Brain Drains‘ wird das Land die nachhaltige Entwicklung nicht erreichen können. Diese für das afghanische Volk selbst wichtigen Elemente haben im Text keine Erwähnung gefunden“, hob der Ständige Vertreter hervor. Darüber hinaus hätten die Verfasser der Resolution die Vorschläge Russlands, in das Dokument „eine Erklärung über die verhängnisvollen Auswirkungen des Einfrierens von afghanischen Finanzanlagen auf die wirtschaftliche und humanitäre Lage des Landes aufzunehmen sowie die Forderung, humanitäre Hilfe für Afghanistan in strikter Übereinstimmung mit den UN-Richtlinien zu leisten“, außer Acht gelassen.

Sinn der Resolution des UN-Sicherheitsrats

Mit der Verabschiedung der Resolution verurteilte der UN-Sicherheitsrat die Angriffe in der Nähe des Kabuler Flughafens vom 26. August, infolgedessen viele Menschen verletzt oder getötet wurden.

Die Länder erinnerten auch an die Erklärung der Taliban vom vergangenen Freitag, in der die Bewegung versprach, sicherzustellen, dass Afghanen das Land jederzeit und über jeden Grenzübergang, einschließlich den des Flughafens von Kabul, verlassen können.

Der UN-Sicherheitsrat „erwartet, dass die Taliban diese und alle anderen Verpflichtungen einhalten, einschließlich der sicheren und geordneten Ausreise der Afghanen und aller ausländischen Bürger aus Afghanistan“, heißt es in der Resolution.

Der Rat forderte, dass das Territorium des Landes nicht für Drohungen oder Angriffe auf andere Staaten, für die Unterbringung und Ausbildung von Terroristen, die Planung oder Finanzierung von Terroranschlägen verwendet werden sollte.

In der Resolution betonte der Sicherheitsrat die Bedeutung der Terrorismusbekämpfung in Afghanistan, auch gegen Personen und Organisationen, die gemäß der Resolution 1267 (1999) auf den Sanktionslisten stehen, und wies auf die diesbezüglichen Verpflichtungen der Taliban hin.

Ende des Militäreinsatzes in Afghanistan

Nachdem die meisten am Militäreinsatz beteiligten Länder, darunter auch Deutschland, ihre Truppen aus Afghanistan abgezogen und ihre Afghanistan-Mission für beendet erklärt hatten, hob am Montag eine Minute vor Mitternacht (Ortszeit) die letzte US-Militärmaschine vom Flughafen Kabul ab. Damit verließen die Vereinigten Staaten nach einem fast 20-jährigen Militäreinsatz vollständig das Konfliktland.

Sie haben den von US-Präsident Joe Biden vorgegebenen Zeitplan eingehalten, der den Truppenabzug – gemäß der Vereinbarung mit den Taliban – bis spätestens zum 31. August vorsah.

Nach den jüngsten Angaben des US-Generals Kenneth McKenzie haben die USA und ihre Verbündeten es geschafft, mehr als 123.000 Zivilisten aus Afghanistan auszufliegen.

Mit diesem Abzug endete auch die Evakuierungsmission für US-Amerikaner, die anderen Nato-Länder sowie schutzsuchende Afghaninnen und Afghanen.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/01/15/610292_0:100:1921:1180_1920x0_80_0_0_67ca06cee987c60b034054723ee36035.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 31. August um 9:00 Uhr 8929 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt. Davon wurden bis 7103 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen. Seit Beginn der Pandemie gibt es 887 Todesfälle.

snanews.de: Lage in afghanischer Hauptstadt Kabul nach Abzug der USA ruhig

Am Tag nach dem Abzug der USA aus Afghanistan sprechen Bewohner der Hauptstadt Kabul von einem insgesamt ruhigen Tagesbeginn.

In der Stadt sei es ruhig, sagte Lotfullah, der im Zentrum der Stadt lebt, laut der Deutschen Presse-Agentur (DPA). Die meisten Geschäfte im Stadtteil Schahr-e Nau seien geöffnet, sie hätten aber kaum Kunden. Ein paar Banken hätten nach fast zwei Wochen ihre großen Filialen geöffnet. Hunderte Menschen stünden an, um Geld abzuheben.

Er sehe insgesamt nicht viele Taliban in den Straßen, sagte er weiter. Zumeist bewachten diese bestimmte Gebäude, vor allem Behörden. Ein Bewohner des Stadtteils Dascht-e Bartschi im Westen Kabuls sagte der DPA, private und öffentlichen Schulen hätten erstmals seit der Machtübernahme der militant-islamistischen Taliban Mitte August wieder geöffnet. Alle Schülerinnen und Schüler bis zur sechsten Klasse seien in den Unterricht zurückgekehrt.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/08/1f/3423083_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_2b768ea8812d1a3d24f22669ba7b8ecd.jpg

Mzdnr.ru: Am 29. August wurden in der DVR 704 Tests auf Coronavirusinfektion

durchgeführt, davon waren 292 positiv, bei 38 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt.

Am 31. August um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 56.336 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

6805 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 45.437 als gesund entlassen, es gibt 4094 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 207 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 20 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 139 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 2570 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 906 mit Sauerstoffunterstützung (+92 in den letzten 24 Stunden).

Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 2248 Patienten entdeckt, die bereits eine Covid-19-Erkrankung durchgemacht hatten.

nachmittags:

dnr-sckk.ru: Heute wurde von Seiten der BFU das **Feuer auf den westlichen Rand von Donezk, auf Alexandrowka, eröffnet**. Infolge des Beschusses wurden Schäden an der Fensterverglasung und der Eingangstür des Wohnhauses in der Schewtschenko-Straße 297 festgestellt.

Nach genaueren Informationen haben die BFU aus Richtung Nowomichajlowka mit Schützenpanzerwaffen unmittelbar auf die Ortschaft Alexandrowka geschossen.

snanews.de: Hunderte Briten aus Afghanistan noch nicht ausgeflogen – Außenminister

Der britische Außenminister Dominic Raab hat eine ungefähre Zahl der Staatsangehörigen des Vereinigten Königreiches angegeben, die sich auch nach dem Evakuierungseinsatz vorläufig in Afghanistan aufhalten.

„Ich weiß, dass die Zahl der britischen Staatsangehörigen, die sich in der besonderen Verantwortung des Außenministeriums befinden, jetzt auf einem sehr niedrigen Niveau ist... wenige Hunderte, wenn man beachtet, dass wir insgesamt 5000 ausgeflogen haben“, sagte Raab am Dienstag gegenüber dem Sender Sky News.

Bei den meisten von diesen noch nicht evakuierten Briten handele es sich um schwierige Fälle, bei denen nicht klar sei, ob diese Personen ausreiserechtigt seien, weil sie keine Papiere hätten, erklärte er. Großbritannien habe in diesem Zusammenhang entsprechende Vereinbarungen mit Drittländern getroffen oder sei dabei, diese zu treffen.

Raab empfahl denjenigen, die das Land noch verlassen wollen, eine Route über die Nachbarländer nach Großbritannien zu suchen. Denn es sei „unklar“, wann der Flughafen in Kabul nach dem Abzug der US-amerikanischen und britischen Truppen am Wochenende wieder in Betrieb genommen werden könnte. Dabei musste er zugeben, dass die Aufgabe für britische Staatsangehörige in Afghanistan, an die Grenze Afghanistans zu gelangen, eine „Herausforderung“ sei, da das Land von den Taliban* kontrolliert werde.

Großbritannien werde jedoch die Taliban an ihre „eindeutigen Zusagen“ erinnern – sowie auch an die Bedingungen einer am Montag verabschiedeten Resolution des UN-Sicherheitsrates, die vorsehe, dass sie „nicht nur unseren Staatsangehörigen, sondern auch anderen Afghanen, insbesondere den gefährdeten, die das Land verlassen wollen, eine sichere Ausreise ermöglichen müssen“, fuhr der britische Außenminister fort.

Seit April wurden nach Angaben von Raab mehr als 17.000 britische Staatsangehörige, Afghanen, die mit dem Vereinigten Königreich zusammengearbeitet haben, sowie andere schutzbedürftige Personen aus dem Land evakuiert.

Am Freitag hatte der britische Verteidigungsminister, Ben Wallace, geäußert, er gehe davon aus, dass sich noch etwa 100 bis 150 britische Staatsangehörige im Land befänden, von denen sich einige freiwillig im Land aufhielten.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/08/1f/3423471_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_202632483389a109aa7d1dbcda3b57c2.jpg

dnronline.su: Am 31. August, dem dritten Todestag des ersten Oberhauptes der Republik Alexandr Sachartschenko (1976 – 2018), fand in der Allee der Helden in Donezk eine Gedenkkundgebung statt, an der Abgeordnete des Volkssowjets, Vertreter der Organe der Staatsmacht, Mitglieder der gesellschaftlichen Bewegung „Donezkaja Respulika“ und nicht gleichgültige Einwohner der Stadt teilnahmen. Zu den Versammelten sprach das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin.

„Alexandr Sachartschenko übernahm die Verantwortung in der schwierigsten und Umbruchzeit der Geschichte. Als im Jahr 2014 der Staatsstreich erfolgte, als die ganze regionale Staatsmacht, die örtlichen Eliten flohen, waren einfache Einwohner gezwungen, die Waffe in die Hand zu nehmen, um den Donbass gegen die Neonazis und die Willkür der Kiewer Regierung zu verteidigen.

Alexandr Wladimirowitsch war unter den ersten, die den Kampf für die Freiheit des Donbass begannen. Wir erinnern uns an ihn als an einen offenen, einfachen, aber sehr nach Gerechtigkeit strebenden Menschen. Genau dadurch verdiente er sich zu Recht den Respekt der Einwohner der Donezker Volksrepublik, genau so bleibt er für immer in unserem Gedächtnis.

Er träumte davon, dass der Donbass zum Blühen gebracht wird. Er träumte von einigen Dingen und das war klar in seinen Handlungen zu erkennen. Er wollte den Angreifer besiegen, er strebte mit ganzem Herzen nach Russland.

Unsere Pflicht angesichts dem Andenken an das erste Oberhaupt der Donezker Volksrepublik ist es, seine Sache fortzusetzen. Die Umsetzung dieses Traums wird die beste Erinnerung an Alexandr Wladimirowitsch Sachartschenko sein“, sagte Denis Puschilin.

Worte des Dankes an alle, die sich versammelt haben, um das Andenken des ersten Republikoberhauptes zu ehren, sprachen auch seine Eltern, Wladimir und Tamara Sachartschenko.

Die Kundgebungsteilnehmer legten Blumen an der Büste Alexandr Sachartschenkos in der Allee der Helden nieder.

de.rt.com: **Afghanistan-Debakel: Pensionierte US-Militäroffiziere fordern Rücktritt des Generalstabs**

Im Ergebnis des katastrophalen Rückzugs der US-Militärs aus Afghanistan nach mehr als 20 Jahren Besatzung des Landes fordern nun Dutzende ehemaliger hochrangiger US-Militärs in einem Offenen Brief den Rücktritt sowohl des US-Verteidigungsministers als auch des Vorsitzenden des Vereinigten Generalstabs.

Fast 90 pensionierte US-Generäle und Admirale von Flag Officers 4 America unterzeichneten am Montag einen Brief, in dem sie den Rücktritt von US-Verteidigungsminister Lloyd Austin und von General Mark Milley, des Vorsitzenden des Vereinigten Generalstabs (JCS), wegen ihrer Rolle im Zusammenhang mit dem chaotischen US-Abzug aus Afghanistan fordern. Schon im Mai hatte die Organisation ehemaliger US-Militäroffiziere einen offenen Brief veranlasst, in dem die Unterzeichner die kognitiven Fähigkeiten des derzeitigen US-Präsidenten Joe Bidens in Frage stellten und behaupteten, dass die US-Präsidentschaftswahlen 2020 manipuliert worden wären.

In ihrem jüngsten Brief argumentierten die pensionierten Führungsoffiziere, dass Austin und Milley als wichtigste Militärberater des amtierenden US-Präsidenten Joe Biden "auf das Schärfste gegen diesen gefährlichen Abzug hätten raten müssen." Die pensionierten Offiziere konstatieren:

"Wenn sie nicht alles in ihrer Macht Stehende getan haben, um den übereilten Abzug zu stoppen, sollten sie zurücktreten. Umgekehrt, wenn sie alles im Rahmen ihrer Möglichkeiten getan haben, um (den Präsidenten) davon zu überzeugen, das Land nicht übereilt zu verlassen, ohne die Sicherheit unserer Bürger und der Amerika treuen Afghanen gewährleistet zu haben, dann hätten sie aus Protest zurücktreten sollen, als ein Zeichen des Gewissens und der öffentlichen Erklärung. Ein grundlegendes Prinzip im Militär ist es, die Verantwortlichen für ihr Handeln oder Nichthandeln verantwortlich und rechenschaftspflichtig zu machen. Es muss auf allen Ebenen Rechenschaftslegung für dieses tragische und vermeidbare Debakel geben." Der Brief fordert außerdem den Rücktritt von Austin und Milley aus Gründen der "Führung, der Ausbildung und der Moral" und wirft ihnen auch vor, "den Schwerpunkt zwingend auf politisch korrektes, 'woke'-bezogenes Training zu legen, was extrem spaltend und schädlich für den Zusammenhalt der Einheit, die Bereitschaft und die Fähigkeit zur Kriegsführung ist." Die ehemaligen Offiziere schreiben:

"Unser Militär existiert, um die Kriege unserer Nation zu kämpfen und zu gewinnen, und das muss der einzige Fokus unserer obersten Militärführung sein."

General Kenneth McKenzie, Kommandeur des US-Zentralkommandos CENTCOM, gab am Montag bekannt, dass das letzte US-Flugzeug von der Hauptstadt Kabul aus Afghanistan abgeflogen sei. Der Abflug kennzeichnete effektiv das Ende des 20-jährigen US-Kampfeinsatzes in Afghanistan, der darin gipfelte, dass die Taliban die Kontrolle über den größten Teil des Landes übernahmen und ein neues Islamisches Emirat ausriefen.

US-Außenminister Antony Blinken stellte fest, dass sich am Sonntagmorgen, etwa 24 Stunden nach dem Abflug des letzten US-Fluges, noch mehr als 200 US-Amerikaner in Afghanistan befanden, die das Land verlassen wollten. Es bleibt unklar, wie viele dieser US-Bürger am Montag in Afghanistan zurückgeblieben sind. Die pensionierten US-Offiziere stellen fest: "Die Folgen dieser Katastrophe sind enorm und werden jahrzehntelang nachhallen, beginnend mit der Sicherheit der Amerikaner und Afghanen, die nicht in der Lage sind, sich sicher zu Evakuierungspunkten zu bewegen, und die daher zu diesem Zeitpunkt de facto Geiseln der Taliban sind. Der Schaden für den Ruf der Vereinigten Staaten ist unbeschreiblich. Wir werden jetzt und für viele Jahre als ein unzuverlässiger Partner in jeder multinationalen Vereinbarung oder Operation gesehen."

Es wird erwartet, dass US-Präsident Joe Biden heute Nachmittag vor der US-amerikanischen Öffentlichkeit über den nunmehr abgeschlossenen Rückzug der US-Streitkräfte aus Afghanistan sprechen wird.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/612dfa6ab480cc2279165847.jpg>

Dnronline.su: Auf Initiative des Mitglieds der Gesellschaftlichen Kammer der DVR Roman Jewstifejew fand im Museum des Kampf- und Arbeitsruhms des Donbass im Petrowskij-Bezirk von Donezk eine Gedenkveranstaltung zu Ehren der ersten Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko statt, an der seine Eltern und Kadetten teilnahmen.

Roman Jestifejew führte eine Exkursion durch das Museum durch, erzählte von den Exponaten, die dem ersten Staatsoberhaupt der Republik gewidmet sind, außerdem wurde eine thematischer Dokumentarfilm gezeigt. Die Eltern Alexandr Sachartschenkos übergaben dem Museum ein Buch über das erste Oberhaupt der DVR.

„Alexandr Wladimirowitsch war ein wirkliches „Volks“oberhaupt, ein Mensch mit einem weitblickenden Staatsdenken, ehrlich und gerecht. Ein Führer die die Arbeit der Menschen schätzt, die danach streben, den Staat zu entwickeln und er schuf für sie alle Bedingungen. Der Donbass hat einen echten Patriot verloren und es ist unsere Pflicht, sein Andenken zu bewahren,“, sagte Roman Jestifejew.



<https://dnronline.su/wp-content/uploads/2021/08/10-13-1026x770.jpg>

de.rt.com: **Russlands UN-Vertreter kritisiert Resolution zu Afghanistan: "Unausgegoren"**

Die jüngste Erklärung des UN-Sicherheitsrates zur Lage in Afghanistan ist aus russischer

Sicht übereilt und unvollständig. Besorgnisse über das Einfrieren von Konten der afghanischen Regierung, über den Brain Drain aus dem Land und über die Sicherheit der Nachbarländer werden ignoriert.

Die überaus schnelle Verabschiedung der jüngsten Erklärung des UN-Sicherheitsrates zu Afghanistan sorgte beim ständigen Vertreter Russlands bei den Vereinten Nationen Wassili Nebensja für große Verwunderung. Russland hatte vorgeschlagen, die negativen Auswirkungen des Einfrierens von Finanzvermögen und die Flucht von für die Wirtschaft wichtigen Spezialisten aus dem Land in der Resolution festzuhalten. Der Diplomat wird von der russischen Nachrichtenagentur TASS mit den folgenden Worten zitiert:

"Im Laufe der Verhandlungen haben wir betont, dass die negativen Folgen der Ausfuhr afghanischer Fachkräfte für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Situation in Afghanistan nicht akzeptabel sind. Unter den Bedingungen einer Abwanderung von Fachkräften wird das Land nicht in der Lage sein, die Ziele einer nachhaltigen Entwicklung zu erreichen. Diesen für das afghanische Volk wichtigen Elementen wurde in diesem Text keinerlei Beleuchtung zuteil."

Angesichts der völligen Missachtung seiner objektiven Bedenken sah sich Russland bei der Abstimmung über den Entwurf zu einer Stimmenthaltung gezwungen, so Nebensja weiter:

"Wir mussten uns bei der Abstimmung über den Entwurf der Erklärung des Sicherheitsrates zu Afghanistan der Stimme enthalten."

"Wir haben das getan, weil die Verfasser des Resolutionsentwurfs unsere grundlegenden Bedenken ignoriert hatten."

Genauso wenig wie Russlands Besorgnis um Afghanistan selbst fanden Bedenken wegen der Sicherheitslage der Nachbarländer des Landes Eingang in den Entwurf der Erklärung des UN-Sicherheitsrates. Die russische Seite hatte vorgeschlagen, in der Resolution die Aktivitäten der terroristischen Gruppierungen Islamischer Staat und Islamische Bewegung Ostturkestan zu verurteilen. Beide finden im Text jedoch keinerlei Erwähnung. Gleichzeitig aber enthält die Resolution sehr wohl eine Verurteilung der Gruppe Islamischer Staat in Chorasán, ISIS-K beziehungsweise IS-C, ein Ableger der Terrormiliz Islamischer Staat in der historischen großiranischen Region Chorasán, die auch Gebiete im heutigen Afghanistan bis zum Hindukusch umfasste.

Angesichts solcher Unvollständigkeit der Erklärung des Sicherheitsrates zeigte sich Nebensja verwundert darüber, dass der Entwurf dafür so schnell verabschiedet werden musste:

"Gleichzeitig sehen wir Versuche, die Verantwortung für das Scheitern der 20-jährigen Präsenz der USA und ihrer Verbündeten in Afghanistan auf die Taliban-Bewegung sowie auf die Länder in der Region abzuwälzen, die mit den Folgen dieser langen Kampagne zwangsweise zu tun haben werden."

Der Ständige Vertreter Russlands bei den Vereinten Nationen sicherte Afghanistan weiterhin die Unterstützung seines Landes zu:

"Russland seinerseits setzt sich konsequent für ein friedliches, sicheres und stabiles Afghanistan ein, von dessen Staatsgebiet keine terroristischen Bedrohungen und keine Bedrohung durch Drogenexport ausgehen werden. Wir werden den Afghanen weiterhin beim Erreichen dieser Ziele helfen."



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/612e154bb480cc2279165888.jpg>

Armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 31.08.2021**
In den letzten 24 Stunden wurden **drei Verletzungen des zweiten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer eines Panzergrenadierbataillons der 128. Brigade auf Befehl des Brigadekommandeurs Gontscharuk von den Positionen im Gebiet von Wodjanoje aus dreimal **Leninskoje** mit Granatwerfern verschiedener Art beschossen und insgesamt 130 Geschosse abgefeuert.

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner **eine Feuerprovokation** begangen.

Kämpfer der 28. Brigade haben von den Positionen in Krasnogorowka aus auf Befehl des Verbrechers Martschenko **Staromichajlowka** beschossen und neun Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgefeuert.

Die Verstöße wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um rechtzeitig Maßnahmen gegen die an der Verletzung des Waffenstillstands Schuldigen zu ergreifen und Fälschungen von Daten über Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern.

Die Verteidiger der Republik beobachten weiter den Gegner, halten Streng das Regime der Feueereinstellung ein und sind bereit, auf Befehl des Kommandos adäquat auf die Handlungen der ukrainischen Seite zu reagieren.

Es wurde festgestellt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen 12 Stück **Waffen und Militärtechnik der BFU in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium stationiert sind.

Aus dem Bestand der 128. Gebirgsturmbrigade:

ein Abwehrgeschütz „Strela-10“ in der Nähe von Wohnhäusern in Lebedinskoje.

Aus dem Bestand der 30. mechanisierten Brigade:

fünf Mehrfachraketenwerfer „Grad“ in einem Wohngebiet vn Warwarowka;

sechs 82mm-Mörser „Wassilek“ in der Nähe von Wohnhäusern in Druskowka.

Die **unkontrollierte Verminung von Örtlichkeiten durch ukrainische Soldaten** unter Einsatz von Antipersonenminen bringt eine direkte Gefahr für Leben und Gesundheit nicht nur der Einwohner, sondern auch der ukrainischen Soldaten selbst.

In den letzten 24 Stunden wurde ein weiterer Fall entdeckt, dass ein Soldat der 58. Brigade auf eine Sprengeinrichtung geriet. So geriet in der Nähe der Position des 15. Bataillons der 58. Brigade im Gebiet von Nowogrodowka der Soldat Kulikow auf eine Antipersonenmine. Bei der Ermittlung durch eine Kommission des Stabs der Brigade wurde festgestellt, dass der betroffene Kulikow in der Nacht aus dem Unterstand kam und in Richtung des benachbarten Beobachtungsposten ging. Im Raum zwischen den Positionen kam der Soldat von der

normalen Route ab und geriet auf eine kürzlich von Pionieren der 58. Brigade installierte Antipersonenmine.

Das Bataillonskommando schob den Tod des Soldaten zur Verheimlichung des nicht kampfbedingten Verluste auf Beschuss von Seiten der Volksmiliz.

Das ukrainische Kommando ist durch die Zunahme der Fälle von eigenmächtigem Verlassen der Positionen und Desertion von Soldaten der ukrainischen Streitkräfte beunruhigt.

So haben nach dem Bericht des Leiters des militärischen Rechtsordnungsdienstes in der OOS in der letzten Woche 52 ukrainische Kämpfer den Stationierungsort ihres Truppenteils verlassen, zwei davon mit der Waffe. Die größte Zahl von Deserteuren in den Einheiten der OOS-Zone ist in der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ festzustellen, aus der 36 Personen flohen, darunter zwei jüngere Offiziere. Gemäß dem Bericht des Leiters des militärischen Rechtsordnungsdienstes verließ in der 10. Gebirgstruppebrigade der Unterleutnant der Justiz Letuschew aufgrund von Erniedrigungen von Seiten des Stabschefs der Brigade den Stationierungsort des Truppenteils und begab sich zum ständigen Stationierungspunkt der Brigade, wo er eine Beschwerde bei der Militärstaatsanwaltschaft über die rechtswidrigen Handlungen des Kommandos einreichen wollte.

Ein weiterer Fall von Desertion eines Offiziers ereignete sich in der 93. Brigade.

Unterleutnant Denissenko nahm nach Schlägen durch den Bataillonskommandeur wegen der geringen Qualität der ausgerüsteten Positionen eines Zuges seine PM-Pistole und verließ eigenmächtig die Positionen und fuhr in unbekannte Richtung fort.

Außerdem wurde nach Angaben des Leiters des militärischen Rechtsordnungsdienstes ein Teil der geflohenen ukrainischen Kämpfer beim Versuch, die Zone der Strafoperation zu verlassen, festgenommen. Bei ihren Aussagen teilen die Festgenommenen verschiedene Ursachen mit, die sie zur Flucht getrieben haben – nicht ordnungsgemäße gegenseitige Beziehungen, das geringe Niveau der Versorgung und familiäre Probleme.

snanews.de: **Israel bietet Palästinensern Kredit in Höhe von über 131 Millionen Euro an – Medien**

Israel will der Palästinensischen Autonomiebehörde einen Kredit von 500 Millionen Schekel (131,4 Millionen Euro) gewähren, wie die Zeitung „The Times of Israel“ unter Verweis auf den Verteidigungsminister Benny Gantz mitteilt. Das Geld soll im nächsten Jahr von Steuern und Zöllen abgezogen werden, die Israel für die Palästinenser einsammelt.

Die Ankündigung erfolgte demnach nach einem Treffen zwischen dem israelischen Verteidigungsminister Gantz und dem Palästinenserpräsidenten, Mahmud Abbas, am Sonntag in Ramallah.

Dabei handelte es sich um das erste Treffen ranghoher Repräsentanten Israels und der Palästinenser seit rund einem Jahrzehnt. Die Friedensgespräche beider Seiten unter US-Vermittlung liegen seit 2014 auf Eis.

„Ich habe Abu Mazen (Mahmud Abbas – Anm. d. Red.) gesagt, dass wir nirgendwohin gehen und, dass die Palästinenser nirgendwohin gehen würden. Ich bin zu dem Treffen gegangen, um das Vertrauen auszubauen und die Interessen des Staates Israel und die wichtigen Beziehungen zur Palästinensischen Autonomiebehörde zu wahren, die wir meiner Meinung nach festigen müssen“, zitierte das Blatt Gantz.

„Wenn die Palästinensische Autonomiebehörde stärker wird, wird die Hamas schwächer, und solange sie eine bessere Regierungsführung hat, werden wir mehr Sicherheit haben und weniger handeln müssen“, fügte er hinzu.

Zunächst gab die Autonomiebehörde keinen Kommentar dazu ab.

Israel hält seit 2018 einen Teil der Steuern und Zölle an die Palästinenser zurück, weil die Palästinenserbehörde Gelder an Familien von Häftlingen und getöteten Attentätern überweist. Palästinenserpräsident Abbas hatte die Zahlungen zuvor verteidigt und von „sozialer

Verantwortung“ gegenüber den Familien gesprochen. Dagegen verurteilt Israel die Praxis als Belohnung für Terror.

Israel hatte das Westjordanland und den arabisch geprägten Ostteil Jerusalems 1967 erobert. Die Palästinenser sehen ihn als künftige Hauptstadt, Israel beansprucht dagegen ganz Jerusalem als Hauptstadt.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/05/0e/2094767_0:4:3559:2006_1920x0_80_0_0_085927f97ca9894c0a21ec5b25cbf5e9.jpg

Mil-Inr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberleutnant I.M. Filiponenko**

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurden **in den letzten 24 Stunden drei Verletzungen des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Regimes der Feueinstellung festgestellt.

In **Richtung Popasnaja** haben Kämpfer der 24. Brigade von den Positionen im Gebiet von Nowoalexandrowka aus **Kalinowo-Borschtschewatoje** mit Granatwerfern beschossen und 29 Granaten abgefeuert.

Außerdem haben Kämpfer der 24. Brigade von den Positionen im Gebiet von Nowoswanowka aus **Kalinowo** mit 82mm-Mörsern beschossen und sechs Mörsergeschosse abgefeuert.

Von den Positionen im Gebiet von Katerinowka aus wurde **Molodjoshnoje** mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen und fünf Granaten abgefeuert....

de.rt.com: Lawrow: **Westen nutzte Terroristen beim Versuch, Präsident al-Assad zu stürzen**

Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat die Rolle des Westens in Syrien kritisiert. Um den Präsidenten Baschar al-Assad zu stürzen, wurde offen mit Terroristen kollaboriert. In den vergangenen Jahren hätten die USA völkerrechtswidrig eine Militärpräsenz auf syrischem Boden aufrechterhalten und mit Militanten und Dschihadisten gegen die legitime Regierung Syriens gearbeitet.

Der Westen hat Terroristen unverhohlen eingesetzt, um den syrischen Präsidenten Baschar al-Assad zu stürzen, während Russland dem vom Krieg zerrütteten Land geholfen hat, seine Souveränität zu bewahren, sagte der russische Außenminister Sergei Lawrow am Montag. "Als IS-Terroristen und ihre Verbündeten bis vor die Tore der syrischen Hauptstadt rückten, als Terroristen dabei waren, die Macht in Syrien zu ergreifen, beobachtete der Westen die Entwicklungen seelenruhig."

Nach Angaben des russischen Spitzendiplomaten habe Russland letztlich dazu beigetragen, auch das Christentum in Syrien zu bewahren, berichtet TASS. "Es ist eine Wiege des Christentums, und das Land war in Gefahr, dass alle Bürger, die sich zum Christentum

bekennen, dort verschwinden", fügte er hinzu.

"Wir haben Bedingungen für den Prozess einer politischen Regelung (in Syrien) geschaffen, der derzeit – aber nicht durch unsere Schuld – wieder nachlässt. Trotzdem ist er im Gange", sagte Lawrow.

In den vergangenen Jahren hätten die USA völkerrechtswidrig eine Militärpräsenz auf syrischem Boden aufrechterhalten und mit Militanten und Dschihadisten gegen die legitime Regierung Syriens kollaboriert. US-Besatzer hätten zudem die Rohöl-Ressourcen des Landes geplündert und die Stellungen der syrischen Armee und der Anti-Terror-Volkskräfte bombardiert. Nachdem es dem Westen nicht gelang, die Regierung in Damaskus zu stürzen, haben USA und deren Verbündeten versucht, Syrien durch harte Sanktionen gegen den Öl- und Banksektor des Landes in die Knie zu zwingen.

Russlands Verteidigungsminister Sergei Schoigu erklärte ebenfalls am Montag, dass alle neuesten Waffensysteme Russlands (320 Waffenarten) bei Anti-Terror-Operationen in Syrien getestet wurden.

Die Lieferungen der neuesten Waffen an russische Truppen seien in letzter Zeit erheblich gestiegen, fügte Schoigu hinzu. Die russische Verteidigungsindustrie habe ihre Positionen in den letzten Jahren erheblich gestärkt, merkte er an. "Zu diesem Zweck wurde das Programm zur Modernisierung der Verteidigungsindustrie verabschiedet, und es fließen Mittel dafür in diese Unternehmen".

"Die Anforderungen an die Erfüllung des Rüstungsbeschaffungsplans sind drastisch gestiegen. In den letzten neun Jahren haben wir 15.500 Waffensysteme für die Bodentruppen erhalten. In den Jahren 1999 bis 2002 hatten wir bestenfalls 10 oder 19 Flugzeuge bekommen."

Russland ist ein langjähriger Verbündeter Syriens und seit dem Jahr 2015 aktiv um eine Beilegung des syrischen Konflikts bemüht, nachdem Moskau von der Regierung in Damaskus unter der Führung von Präsident Baschar al-Assad aufgefordert wurde, Syrien im Kampf gegen den Terror im Land zu unterstützen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/612df2c648fbef5150322af5.jpg>

Telegram-Kanal des Außenministeriums der DVR: Erklärung der bevollmächtigten Vertreterin der DVR bei den Verhandlungen der Kontaktgruppe in Minsk, der Außenministerin Natalja Nikonorowa zur Verschärfung der Situation an der Kontaktlinie

Seit praktisch acht Jahren ist der Donbass Wechselgeld für Kiew, für das Leben und Schicksal von Menschen, die auf unserem Territorium leben, nichts sind im Vergleich zu millionenschweren Tranchen, die der Westen bereit ist der Ukraine im Austausch gegen „gute politische Dienstleistungen“ antirussischen Charakters zu leihen.

Derzeit beobachten wir wieder einen Versuch Kiews, Washington einen Dienst zu leisten. Im

Vorfeld des Treffens Selenskij's mit dem US-Präsidenten Joseph Biden ist die Zahl der Beschießungen von Seiten der BFU stark gestiegen, um nach in den Gehirnen der ukrainischen Führung entstandenen lasterhaften Tradition die Republik der Sabotage der Friedensverhandlungen zu beschuldigen und bei ihren westlichen Partnern weitere Tranchen zur „Abwehr der russischen Aggression“ herauszuholen.

So wurden gemäß den Angaben der Vertretung der DVR im GZKK allein im Zeitraum seit dem 25. August von den BFU praktisch 300 Geschosse auf das Territorium der Republik abgefeuert. Und die Folgen des täglichen Beschusses sprechen für sich selbst: In sieben Tagen wurden fünf Zivilisten unterschiedlich schwer verletzt, es wurden 17 Wohnhäuser beschädigt, 4 Infrastrukturobjekte, zwei Fahrzeuge.

Der Gipfel der Eskalation war am 28. August. An diesem Tag gab es 77 „Treffer“ von Geschossen auf die Ortschaften Gorlowka, Dolomitnoje, Mineralnoje, Kaschtanowoje, Staromichajlowka, Wesjoloje. Beschuss kam unter anderem aus Richtung Awdejewka und Dylejewka, die BFU setzten von den Minsker Vereinbarungen verbotene Mörser des Kalibers 120mm und 82mm und Artillerie des Kalibers 122mm ein. Genau an diesem Tag wurden infolge dieser Beschießungen zwei Kinder, geb. 2013 und 2011, verletzt. 12 Häuser in Gorlowka und Kaschtanowoje wurden beschädigt, eine Stromleitung in Staromichajlowka wurde durchschlagen.

Die Vertreter der DVR im GZKK unternahmen etwa 20 sinnlose Versuche, den Koordinationsmechanismus einzusetzen, um eine Feueereinstellung zu erreichen, aber die ukrainische Seite im GZKK ignoriert diese Anfragen vom ersten Tag von dessen Schaffung, was uns zwingt in einzelnen Fällen die von den Maßnahmen zur Verstärkung des Regimes der Feueereinstellung vorgesehene Erwiderng des Feuers einzusetzen, um die Feueraktivität des Gegners zu unterdrücken, um Leben und Gesundheit der Bevölkerung der Republik zu schützen.

Vor diesem Hintergrund ist ein absoluter Stillstand im Verhandlungsbereich mit der ukrainischen Seite festzustellen, was im Ganzen zu einer unweigerlichen Verschlechterung bei der Umsetzung der Vereinbarungen über den Frieden führt.

Außerdem ruft Unverständnis und Empörung hervor, dass die Vertreter sowohl des ukrainischen als auch der westlichen Staaten, bis zu den führenden Amtsträgern, es sich erlauben, öffentlich Beileid angesichts von Tod und Verletzung von Soldaten der BFU zu äußern, aber sie sagen kein Wort über Tod und Verletzung friedlicher Einwohner auf unsrem Territorium.

Verschlechtert wird die Situation dadurch, dass ein erheblicher Teil unserer Mitteilungen über empörende Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der BFU und deren Folgen, die wir an die OSZE-Mission sowie den Koordinator der Kontaktgruppe zur Übergabe an die ukrainische Seite geleitet haben, ohne Reaktion aus Kiew bleibt und in einzelnen Fällen nicht einmal weitergeleitet wird.

In diesem Zusammenhang haben wir die Durchführung einer außerordentlichen Verhandlungsrunde der Arbeitsgruppe zu Fragen der Sicherheit morgen, 1. September, um 11 Uhr morgens initiiert, um unverzüglich effektive Maßnahmen zur Beendigung der Eskalation an der Kontaktlinie zu beschließen, dazu wurde eine entsprechende Mitteilung an den Leiter der OSZE-Mission, Herrn Botschaft Čevik gesandt.

snews.de: **China spricht von neuem Kapitel in Afghanistan nach US-Abzug**

Die chinesische Führung sieht neue Zeiten auf das afghanische Volk zukommen. Nach Darstellung des chinesischen Außenministeriums hat Afghanistan den Neuanfang bereits eingeleitet. Peking kommt es dabei auf die Bildung einer stabilen und verlässlichen Regierung in Kabul an.

Ministeriumssprecher Wang Wenbin lobte am heutigen Dienstag vor Journalisten, dass Afghanistan imstande gewesen sei, „sich eigenständig von einer fremden militärischen

Besatzung zu befreien“. Das afghanische Volk habe den ersten Schritt hin zum „nationalen Frieden und Wiederaufbau“ gemacht. „Afghanistan hat ein neues Kapitel aufgeschlagen.“ Wang brachte die Hoffnung der chinesischen Führung zum Ausdruck, dass in Afghanistan eine neue „offene, inklusive und weitestgehend repräsentative“ Regierung gebildet werde, die „entschieden gegen jede Art von Terrorismus“ vorgehen werde.

„Freundliche und kooperative Beziehungen“

Peking befürchtet, dass infolge der Machtübernahme durch die Taliban in Afghanistan der Einfluss der radikalen Islamisten auf die muslimische Minderheit der Uiguren in China erstarken werde. Berichten zufolge werden rund eine Million Uiguren in der Provinz Xinjiang im Nordwesten Chinas in Lagern festgehalten, die die chinesische Regierung als Bildungslager bezeichnet.

Der Nachrichtenagentur Reuters zufolge hat ein ranghoher Vertreter der Taliban dem chinesischen Außenminister Wang Yi bei einem Treffen in Tianjin letzten Monat zugesagt, dass Afghanistan dem militanten Islamismus keine Basis bieten werde.

Die chinesische Führung hat die Taliban als die faktischen Machthaber in Afghanistan bisher nicht anerkannt. Gleichwohl erklärte Peking, seine „freundlichen und kooperativen“ Beziehungen mit den Taliban nach dem Abzug der US-Truppen aus Afghanistan vertiefen zu wollen. Den Abzug der amerikanischen Truppen kritisierte die chinesische Regierung dabei als überstürzt und schlecht vorbereitet. China selbst hatte mit dem Abzug seiner Bediensteten aus Afghanistan angesichts der desolaten Sicherheitslage in dem Land bereits vor Monaten angefangen. Die chinesische Botschaft in Kabul bleibt jedoch weiterhin in Betrieb.

Peking hat nach Ansicht von Experten großes Interesse an einer stabilen und verhandlungsfähigen Regierung in Afghanistan. China betrachtet das Nachbarland als eine Möglichkeit zur Ausweitung seiner internationalen Infrastrukturprojekte. Auch die afghanischen Kupfer- und Lithium-Lagerstätten stehen im Mittelpunkt der chinesischen Interessen. Die Taliban hoffen währenddessen auf China als einen Investor und wirtschaftlichen Helfer. Angesichts der Sicherheitslage schließen Experten ein zügiges Einsetzen wirtschaftlicher Investitionen in Afghanistan jedoch aus.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/08/12/3270542_0:0:1920:1080_1920x0_80_0_0_44be268be071daca68dce64c1b127d50.jpg

abends:

dan-news.info: Am Ort, an dem das erste Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko starb, am ehemaligen Café „Separ“, wurden heute Blumen niedergelegt.

Anwesend waren das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin, Abgeordnete, die Eltern Sachartschenkos Tamara und Wladimir, seine Witwe Natalja, gesellschaftliche Aktivisten, Kameraden und andere Einwohner der Republik, insgesamt etwa 500 Menschen.



https://dan-news.info/wp-content/uploads/2021/08/dan-news.info-2021-08-31_18-11-08_066280-vozhzhenie-cvetov-k-separu-21-1024x684.jpg

de.rt.com: "Gegen groß angelegte Migration" – EU trifft Vorbereitungen zum Schutz vor Flüchtlingswelle

Die EU fürchtet eine Massenflucht aus Afghanistan, welche die Flüchtlingskrise von 2015 weit übertreffen wird. In einer Dringlichkeitssitzung beschäftigte man sich daher mit dem "Schutz der EU-Außengrenzen" durch Grenzschutzbeamte, mit Frontex und finanziellen Hilfen für Afghanistans Nachbarländer.

Als Folge der Anschläge des 11. Septembers 2001 marschierten US-Truppen in Afghanistan ein, um Jagd auf Bin Laden zu machen und die Terrororganisation al-Qaida zu zerschlagen. Es folgte ein 20 Jahre währender Krieg. US-Präsident Donald Trump wollte diesen endgültig beenden und schloss einen Friedensvertrag mit den Taliban, welcher den sicheren Abzug der US-Truppen und aller ausländischen Truppen gewährleisten sollte. Auch sein Nachfolger Joe Biden sah nur noch den Truppenabzug als Möglichkeit. Er sprach von einer erfolgreich abgeschlossenen Mission.

Im Verlauf des internationalen Truppenabzugs aus Afghanistan setzte jedoch eine Taliban-Offensive ein, welche zunehmend an Tempo gewann und überraschend die afghanische Hauptstadt Kabul erreichte. Die verbliebenen ausländischen Truppen mühten sich am Ende, die Evakuierungen ihrer Staatsangehörigen und einiger Ortskräfte durchzuführen, während die Taliban bereits das Gebiet der Hauptstadt kontrollierten. Massen strömten zum Flughafen in der Hoffnung, mit einem der Evakuierungsflüge vor einer Herrschaft unter Scharia-Gesetzen fliehen zu können. Indes zeigte der afghanische Ableger der Terrororganisation IS sein Gesicht und riss 169 Afghanen und 13 US-Soldaten durch Selbstmordattentate in den Tod.

Am Dienstag beschäftigte sich die Europäische Union (EU) in einer Dringlichkeitssitzung mit dem Thema einer drohenden Flüchtlingswelle in Richtung der EU-Außengrenzen. Eine Wiederholung der Flüchtlingskrise wie im Jahr 2015 soll unbedingt vermieden werden. Der Bürgerkrieg in Syrien hatte damals zum Zustrom von etwa einer Million Flüchtlinge in die EU geführt. Syrer stellten dabei in dem Strom die größte Gruppe. Angesichts der Machtübernahme der militant-islamistischen Taliban erscheint das Jahr 2015 im Vergleich zu dem, was nun auf die EU zurollen könnte, eher wie ein Kinderspiel. Die Türkei hat bereits mit dem Bau einer Mauer begonnen, um Flüchtlinge aus Afghanistan davon abzuhalten, ins Land zu gelangen. Nach Fertigstellung soll die drei Meter hohe Mauer die Grenze über eine Länge von 241 Kilometer sichern.

In dem Entwurf einer Erklärung vom 28. August heißt es:

"Die EU und ihre Mitgliedsstaaten sind entschlossen, gemeinsam zu handeln, um zu verhindern, dass sich unkontrollierte, groß angelegte, illegale Migrationsbewegungen, wie sie in der Vergangenheit aufgetreten sind, wiederholen."

Es wird befürchtet, dass drei Millionen Menschen die Flucht Richtung Europa antreten könnten. "Neue Instrumente" sollen eingesetzt werden, um "von Versuchen, die illegale Migration für politische Zwecke zu instrumentalisieren", abzuschrecken. In den sozialen Netzwerken will man mit Informationskampagnen auf die Gefahren der Flucht aufmerksam machen und den "Anreiz zur illegalen Einwanderung" unterdrücken. Thema der Sitzung ist auch die Identitätsprüfung der Menschen, um zu vermeiden, dass sich unter den Geflüchteten Terroristen befinden. Afghanistan dürfe nicht erneut ein sicherer Hafen für Terroristen werden, warnt die EU. Evakuierungen von Frauen und Kindern solle besonderer Vorrang eingeräumt werden.

Seit 2015 ist die Bereitschaft in den EU-Mitgliedsländern zurückgegangen, Flüchtlinge aufzunehmen. Dänemarks sozial ausgerichtete Regierung fährt einen rigiden Anti-Einwanderungskurs, und auch der scheidende schwedische Premierminister Stefan Löfven erklärte, 2015 dürfe sich nicht wiederholen. In Deutschland wurde das Thema Flüchtlinge zu einem zentralen Thema der anstehenden Bundestagswahl. In Anbetracht der schwierigen Sicherheitslage waren Abschiebungen nach Afghanistan unlängst eingestellt worden.

Die afghanischen Nachbarländer, ausgenommen die Islamische Republik Iran, sollen vonseiten der EU finanzielle Mittel erhalten, um Flüchtlinge aufzunehmen und ihre Grenzen zu sichern, damit der Weg in Richtung Europa versperrt bleibt:

"Die EU sollte auch die Unterstützung für die Länder in der unmittelbaren Nachbarschaft Afghanistans verstärken, um sicherzustellen, dass die Bedürftigen in erster Linie in der Region angemessenen Schutz erhalten."

Aber auch in Ländern wie Pakistan könnte dies an der fehlenden Bereitschaft der Politiker scheitern. Die Türkei drohte Brüssel, es werde nicht die Rolle von Europas "Flüchtlingslager" übernehmen.

Nicht geklärt ist auch die Frage des politischen Umgangs mit den neuen Herrschern in Afghanistan. Eine Anerkennung hätte zur Folge, dass das Land Botschaften mit Vertretern der Taliban auf dem Boden von Mitgliedsstaaten der EU eröffnen könnte.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/612e114ab480cc216806b95a.jpg>